

Kantonsratssitzung 30. August 2018

Daniel Stadlin
Stellungnahme zu „Finanzen 2019“: Gesetzesänderungen

Vorlage 2844

Eintreten

Wir alle haben ein vitales Interesse an einem gesunden und ausgeglichenen Staatshaushalt. Deshalb unterstützt die GLP ganz grundsätzlich das strategische Ziel des Regierungsrates, das strukturelle Defizit des Kantons zu beseitigen und den Finanzhaushalt ab 2020 wieder ins Gleichgewicht zu bringen. So befürworten wir auch das Gesamtpaket „Finanzen 2019“.

Wir sind jedoch nicht wirklich überzeugt, ob die darin vorgeschlagenen Gesetzesänderungen in signifikanter Weise helfen, die seit Jahren bestehende Unterfinanzierung unseres Staatshaushalts nachhaltig zu entlasten, respektive ins Gleichgewicht zu bringen. Dazu ist das Entlastungspotential mit insgesamt nur 2.7 Mio. Franken oder 5.4 Prozent effektiven Sparmassnahmen einfach zu klein. Zählt man die Abwälzung der Quellensteuern und die Gebührenerhöhungen dazu, sind es immer noch nur 10 Prozent. Für den benötigten Effekt hätte die faktische Ausgabenreduktion zwingend höher ausfallen müssen. Vor allem wenn sich der mit Abstand grösste Betrag mit 32 Mio. Franken oder 2/3 der gesamten Entlastungssumme, auf der Einnahmeseite befindet und zudem im besten Fall nur gerade zwei Jahre wirksam ist. Strukturelle Probleme sind strukturell zu lösen. Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Gesetzesänderungen werden dem zu wenig gerecht. So sehen wir diese, nach „Sparpaket 2018“, eher als weiteres entschärftes Remake des an der Urne gescheiterten Entlastungsprogramms 2015-2018, denn als Teil einer kohärenten Gesamtstrategie zur fortdauernden Sanierung des Kantonalen Finanzhaushalts. Der vom Regierungsrat bekundete Wille, das strukturelle Defizit bis 2020 zu beseitigen, wird für uns mit den im Rahmen von „Finanzen 2019“ vorgeschlagenen Gesetzesänderungen jedenfalls zu wenig materialisiert. Gleichwohl finden wir, diese sollen möglichst als Gesamtpaket umgesetzt werden - inklusive der befristeten Steuerfusserhöhung, zumindest für ein Jahr. Dies nicht, weil wir Sparen oder Steuerzahlen so toll finden, sondern weil es nicht zu tun einer „Vogel Straus-Politik“ gleichkäme. Gerade im Wissen der horrenden Entwicklung unserer NFA-Beiträge, wäre das glatte Realitätsverweigerung. Denn aller Voraussicht nach müssen wir davon ausgehen, dass der von der Konferenz der Kantonsregierungen ausgehandelte Kompromiss kaum in der vorliegenden Fassung durchs Bundesparlament kommen wird. Schon gar nicht, wenn Wahlen anstehen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Finanzpolitik ist kein Selbstzweck, sondern steht im Dienste der wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen unseres Kantons. Nehmen wir also unsere finanzpolitische Verantwortung wahr, überwinden ideologische Barrieren und helfen unserem Kanton seine finanzielle Handlungsfähigkeit zu behalten. Auch wenn die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Gesetzesänderungen diesen Anspruch nicht wirklich einzulösen vermögen, verhelfen sie dem Staatshaushalt doch zu einer Verschnaufpause - vielleicht sind ja viele kleine solide Schritte wirksamer, als ein vermeintlich grosser Sprung.